

Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Wahlrechts in Niedersachsen

**Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.
16/171**

Stellungnahme des Landesjugendring niedersachsen e.v.

Absenkung des Wahlalters

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt den Gesetzentwurf zur Erweiterung des Wahlrechts in Niedersachsen und die damit verbundene Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Aus Sicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. ist diese Absenkung ein wichtiger Beitrag, um die politische Beteiligung Jugendlicher zu verbessern.

Die unmittelbare Beteiligung junger Menschen an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratieerziehung. Kinder- und jugendgerechte Beteiligungsmodelle müssen, so die übereinstimmende Einschätzung aller Fachleute, junge Menschen bereits im Kindesalter an sie betreffenden politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben lassen. Mit zunehmendem Alter und wachsender persönlicher Reife muss der Grad der Beteiligung steigen, um junge Menschen so kontinuierlich in die demokratischen Prozesse zu integrieren.

Daraus ergeben sich nach Ansicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. auch gute Argumente für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre, die wir im Folgenden ausführen möchten.

Großes Interesse an Mitgestaltungsmöglichkeiten

Junge Menschen haben ein großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten und wollen sich engagieren. Laut der aktuellen Shell-Jugendstudie sind 33 % der Jugendlichen oft und weitere 48 % gelegentlich engagiert¹. Diese Einschätzung wird vom 2. Freiwilligen-Survey geteilt. Die Verfasser-innen dieser Studie bescheinigen, dass „junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren [...] eine der aktivsten Gruppen der Bevölkerung mit einer stabilen Engagementquote“² sind und dass das Engagementpotenzial in dieser Altersgruppe ganz besonders groß ist. Ferner kommt das Freiwilligen-Survey zu der Erkenntnis, dass „von den bereits engagierten Jugendlichen [...] sich besonders viele für weitere Aufgaben“³ interessieren. Das hohe Engagement junger Menschen belegt deren Mitgestaltungswillen und ihr Interesse für gesellschaftliche Prozesse.

Dieses Interesse gilt auch für politische Prozesse. So kommt die Bertelsmann Stiftung in der Auswertung einer Befragung von 16.000 Jugendlichen von 12 bis 18 Jahren zu dem Ergebnis, dass fast 70 % der Jugendlichen der Meinung sind, dass junge Menschen in der Politik mehr zu sagen haben sollten und sogar 78 % zu mehr Mitwirkung bereit wären⁴.

Weitergehende Beteiligungsinstrumente notwendig

Schlechte Noten geben die befragten Jugendlichen aber den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten - so sehen laut der Studie der Bertelsmann Stiftung nur 13,6 % der jungen Menschen bislang für sich die Möglichkeit, in ihrem Wohnort bei politischen Prozessen mitzuent-scheiden.⁵ Ähnliche Ergebnisse gab es auch beim Onlinevoting „jung und glücklich in Niedersachsen?“ das vom Landesjugendring Niedersachsen e.V. im Vorfeld der Kommunalwahl 2006 durchgeführt wurde und an dem sich etwa 4.000 junge Menschen beteiligt haben⁶. Auf die Frage „Wie beurteilst du die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an

¹ Vgl.: Jugendwerk der dt. Shell (Hrsg.): Shell Jugendstudie 2006; Hauptergebnisse im Internet abrufbar unter: http://www.shell.com/home/content/de-de/society_environment/jugendstudie/2006/jugendstudie2006_engagement.html

² BMFSFJ (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Kurzfassung; München 2005; Seite 6

³ BMFSFJ (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Kurzfassung; München 2005; Seite 6

⁴ vgl.: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Junge Menschen wollen sich beteiligen; Gütersloh 2006, Seite 4; online abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-5053D266/bst/Jugendbericht_Internet.pdf

⁵ vgl.: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Junge Menschen wollen sich beteiligen; Gütersloh 2006, Seite 4

⁶ vgl.: Landesjugendring Niedersachsen e.V. (Hrsg.): Jung und glücklich in Niedersachsen. Ergebnisse, Forderungen, Bilanz; Hannover 2006, Seite 14

kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen“ gab der überwiegende Teil der Befragten eine schlechte (Schul-)Note: Nur 15 % beurteilten die Beteiligungsmöglichkeiten in ihrem Wohnort mit „sehr gut“ oder „gut“, 28 % gaben ein „mangelhaft“ oder „ungenügend“. Noch schlechter sind die Noten auf die Frage „Wie stark werden deine Wünsche von Politikerinnen und Politikern in der Kommune ernst genommen?“: Nur 13 % gaben eine Eins oder Zwei, 35 % hingegen eine Fünf oder Sechs.

Die Bertelsmann Stiftung kommt zu ähnlich erschreckenden Zahlen - etwa 70 % der Jugendlichen stimmen der Aussage „Politiker nehmen Jugendliche nicht ernst“ zu.⁷

Diese Umfrageergebnisse machen deutlich, dass es zurzeit offenbar ein ernsthaftes Kommunikations- und Verständnisproblem zwischen Politiker-inne-n und Jugendlichen gibt. Politik jugendgerecht darzustellen und zu gestalten, muss - unabhängig von der Absenkung des Wahlalters - an Bedeutung gewinnen, will man die Demokratieerziehung stärken, bei jungen Menschen Vertrauen in die Demokratie und die Politik stärken und sie zu mündigen Bürger-inne-n erziehen. Die Absenkung des Wahlalters würde dazu führen, dass die Parteien und jede-r einzelne Politiker-in die jugendgerechte Informationsarbeit intensivieren und neue Zugänge entwickeln müssen, um diese Zielgruppe als Wähler-innen zu gewinnen.

Daher ist die Absenkung des Wahlalters ein geeignetes Instrument, um auf den verschiedenen politischen Ebenen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen auszubauen und Politik jugendgerechter zu vermitteln.

Dieses darf jedoch nicht das einzige Instrument sein. Notwendig ist es aus Sicht des Landesjugendrings, dass die Interessen junger Menschen bei allen politischen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind, gehört werden und eine ernsthafte Auseinandersetzung damit stattfindet, die für Jugendliche transparent und nachvollziehbar ist. Jugendbeteiligung mit den verschiedensten Methoden (Zukunftswerkstätten, Jugendforen, Befragungen, ...) muss fester Bestandteil in der politischen Beratungskultur in Niedersachsen werden. Außerdem müssen mehrere Anlässe für den jugendgerechten Dialog zwischen jungen Menschen und Politiker-inne-n geschaffen und jugendgerechte Politikinformationen (z.B. im Internet, Publikationen) ausgebaut und bestehende Angebote - wie der Jugendserver Niedersachsen oder neXTvote.de - kontinuierlich gefördert werden.

⁷ Bertelsmann Stiftung: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-OA00FOA-5053D266/bst/Grafik_Ansichten_der_Kinder_und_Jugendlichen_zur_Politik_allgemein.jpg

Bildungschancen durch Absenkung des Wahlalters

Neben den Partizipationsinstrumenten gibt es weitere wichtige Säulen der überparteilichen jugendpolitischen Bildungsarbeit, die es insgesamt zu intensivieren gilt. Umfassend erreichen lassen sich Jugendliche vor allem auch durch Angebote an Schulen.

Die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre eröffnet dafür neue Möglichkeiten: Die Wahlalter-Absenkung hätte zur Folge, dass zukünftig jede-r Schüler-in im Laufe ihres/seines Schulbesuchs zum ersten Mal wählen gehen darf. Dadurch bieten sich auch für den Politikunterricht andere fachliche und didaktische Möglichkeiten, Wahlen und deren Bedeutung als Thema aufzugreifen. Der konkrete Anlass erhöht das Interesse der Schüler-innen, die Wahlmaterialien der Parteien und überparteiliche Aktionen (z.B. Wahl-O-Mat, neXTvote) ermöglichen eine aktive inhaltliche Auseinandersetzung und eröffnen die Chance, die persönliche Vorbereitung des Wahlgangs im Unterricht aufzugreifen.

Diesem Aspekt kommt vor dem Hintergrund des niedrigeren Politikinteresses in bildungsfernen Milieus eine zusätzliche Bedeutung zu: In bildungsfernen Schichten gibt es – unabhängig vom Alter der Person – ein deutlich geringeres Interesse an Politik und ein geringeres Vertrauen in die Demokratie⁸. Denn während viele Abiturient-inn-en im Laufe ihrer Schullaufbahn zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen dürfen und das Thema im Unterricht aufgegriffen werden kann, bietet sich diese Bildungschance für Haupt- und Realschüler-innen bislang nicht.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in ihrer Studie „Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten“ zu dem Ergebnis, dass es sich 56 % der unter 24-Jährigen vorstellen können, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen zu gehen. Der Prozentsatz liegt zwar über dem Durchschnitt (47 %), aber weit unter dem Satz anderer Gruppen (Arbeitslose [69 %], HartzIV-Haushalte [64 %], Arbeiter [57 %]). Dies macht deutlich, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen nicht in erster Linie mit dem Alter, sondern vor allem mit anderen Faktoren zusammenhängt (z.B. Vertrauen in Politik, Bildungsstand, soziale Lage). Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass Jüngere zwar keine auffällige Demokratiedistanz aufweisen, Nichtwählen aber trotzdem weit verbreitet sei. „Ganz offensichtlich gibt es für Jüngere keine „Norm“, keinen „Zwang“ zum Wählen (ganz im Gegenteil zu älteren Befragten, insbesondere bei den über 65-Jährigen). Man nimmt sich vielmehr die Freiheit, nicht zu wählen. Es ist Aufgabe der Politik und

⁸ vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten; Berlin, 2008

der Parteien, sie davon zu überzeugen, dass Politik spannend sein kann und dass „Wählen gehen“ einen Sinn für sie hat.“⁹

Schule, Jugendverbände und andere Bildungsträger leisten mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag dazu, die gesellschaftliche Bedeutung der Wahlhandlung und die persönliche Relevanz der Entscheidung für den einzelnen jungen Menschen zu vermitteln und so dazu beizutragen, dass junge Menschen es „chic“ finden und sie es für sinnvoll erachten, wählen zu gehen. Dafür ist es notwendig, dass die erste Wahl zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem Jugendliche für diese Träger gut erreichbar sind - und das ist insbesondere das Jugendalter.

Wahlalterabsenkung als Instrument der Generationengerechtigkeit

Auch unter Gesichtspunkten der Generationengerechtigkeit kommt der Absenkung des Wahlalters eine zentrale Bedeutung zu. Der demografische Wandel führt dazu, dass die/der durchschnittliche Wähler-in zurzeit immer älter wird. In Folge dessen orientiert sich auch die Politik vor allem an den Interessen der Hauptzielgruppe. Dies führt dazu, dass den spezifischen Interessen und Forderungen junger Menschen seitens der Politik zu wenig Gewicht beigemessen wird. So heißt es in den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union vom 25.05.2007, „dass angesichts des in allen Mitgliedstaaten erkennbaren demografischen Wandels [...] eine sektorübergreifende Strategie immer dringender erforderlich ist, um eine generationengerechte und nachhaltige Politik zu entwickeln, durch die sowohl die Möglichkeiten als auch die notwendigen Belastungen gleichmäßig auf alle Altersgruppen verteilt werden und durch die die jungen Menschen einen ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entsprechenden Grad an Selbständigkeit erlangen können.“¹⁰

Diese Einschätzung teilen Politiker-innen aller Parteien und führte u.a. zu einem fraktionsübergreifenden Antrag im Deutschen Bundestag, das Wahlalter von Geburt an im Grundgesetz zu verankern. In dem Antrag heißt es unter anderem: „Die Demokratie in Deutschland steht vor einer ungewöhnlichen Herausforderung, zugleich vor einer Bewährungsprobe. Der technische Fortschritt verlangt Entscheidungen, etwa Eingriffe in die Umwelt, die immer weiter in die Zukunft hineinragen und damit Rechte und Interessen nachrückender Generationen berühren. Weil der Anteil älterer Menschen immer mehr zunimmt, gerät das politische

⁹ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten. Arbeitspapier; Berlin, 2008; Seite 12

¹⁰ Amtsblatt der Europäischen Union C 314/24 vom 22.12.2007

Zahlenverhältnis aus dem Gleichgewicht, die Anliegen jüngerer Generationen werden aus dem politischen Handlungsfeld fast zwangsläufig verdrängt.“¹¹ Und in einem anderen Antrag zum selben Thema wird in der Begründung ausgeführt: „Unsere Gesellschaft verschiebt finanzielle, soziale und viele andere Lasten in die Zukunft und raubt so den künftigen Generationen ihre Zukunftschancen. [...] Aufzuheben ist dieser Mangel im politischen System nur durch die Ausweitung der politischen Repräsentation auf die junge Generation, der diese bislang vorenthalten bleibt.“¹²

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. teilt die inhaltliche Argumentation und hält in diesem Sinne Maßnahmen zur Verbesserung der Generationengerechtigkeit für dringend geboten. In Übereinstimmung mit dem Deutschen Bundesjugendring sind wir jedoch der Auffassung, dass ein Stellvertreterwahlrecht nicht dazu geeignet ist, die Situation von Kindern und Jugendlichen in Fragen der Beteiligung wirklich zu verbessern. Echte Partizipation gibt es nur, wenn Kinder und Jugendliche ihre Anliegen und Ansprüche selbst vertreten oder z.B. über ihre Jugendorganisation mandatiert vertreten lassen. Zielführend ist hier nur die Herabsetzung des Wahlalters verbunden mit der persönlichen Ausübung des Wahlrechts.

Entwicklungspsychologische Faktoren

Die Lebenssituation Jugendlicher hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung und Pluralisierung von Lebensverhältnissen stark verändert und zu einer sehr viel stärkeren Selbstständigkeit junger Menschen geführt¹³:

- Bereits mit zwölf bis dreizehn Jahren beginnt die Ablösung der Jugendlichen vom Elternhaus und steigt im Gegenzug der Einfluss der Gleichaltrigengruppe¹⁴
- Schule hat an Bedeutung zugenommen – Jugendliche verbringen mehr Zeit in der Schule und ihre persönliche Verantwortung für die eigene Schullaufbahn und damit einhergehend die Verantwortung für die eigene Lebensplanung ist stetig gewachsen¹⁵

¹¹ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9868

¹² Deutscher Bundestag, Drucksache 15/1544

¹³ vgl. Ingrid Burdewick: Jugend – Politik – Anerkennung; Bonn 2003, Seite 22ff.

¹⁴ vgl. Oerter/Dreher: Jugendalter. In: Oerter/Montada (Hrsg): Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch, Weinheim 1995, Seite 369dd.)

¹⁵ vgl. Klaus-Jürgen Tillmann: Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung; Reinbeck bei Hamburg 1995, Seite 193ff.

- Im Konsumbereich haben Jugendliche fast die gleiche Selbstständigkeit erlangt wie Erwachsene; sie treffen weitreichende Kaufentscheidungen und werden von der Wirtschaft als eigene Zielgruppe umworben.

Möglich ist dies nur, so Prof. Klaus Hurrelmann, weil bereits „mit etwa zwölf Jahren [...] eine stabile intellektuelle Basis erreicht, [und] auch eine grundsätzliche soziale und moralische Urteilsfähigkeit [...] gegeben [ist]“¹⁶. Diese ermöglicht es so Hurrelmann weiter, „politische Urteile zu treffen; es wäre auch möglich, sich an Wahlen zu beteiligen.“¹⁷ Und auch Dr. Friederike Hoepner-Stamos führt aus, dass „empirische Untersuchungen belegen, dass Jugendliche bereits etwa ab dem 15. Lebensjahr in der Lage sind, formal-logische Denkopoperationen durchzuführen. Dies ist die höchste Stufe der kognitiven Entwicklung, auch Erwachsene erreichen also in Bezug auf diese Dimension kein höheres Niveau.“¹⁸

Die Politik hat dieser allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung an anderer Stelle Rechnung getragen bzw. forciert durch Veränderungen im Bildungssystem diese Entwicklung weiter. So wurde das Jugendschutzgesetz angepasst und Jugendlichen ab 14 Jahren die Möglichkeit eingeräumt, sich bis 23 Uhr alleine in Diskotheken und Gaststätten aufzuhalten.

Durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre wird die Eigenverantwortung der Jugendlichen noch einmal erhöht - wesentliche Entscheidungen über die weitere Lebensplanung sind dann von nahezu allen Jugendlichen vor dem Eintritt in die Volljährigkeit zu treffen (Wahl des Ausbildungsplatzes, Studienfachs, ...).

Jungen Menschen wird also seitens der Politik sehr wohl zugestanden, dass sie in der Lage sind, eigenständig und verantwortlich wichtige Entscheidungen zu treffen; eine logische Konsequenz ist daher die Absenkung des Wahlalters.

Positive Erfahrungen mit dem Wahlalter 16

Die Erfahrungen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sind als positiv zu betrachten. „Erste Befürchtungen, die Jugendlichen könnten desinteressiert sein oder extreme Positionen/Parteien wählen, wurden durch die Analysen verschiedener Wahlergebnisse widerlegt. Auch wenn die Wahlbeteiligung der jugendlichen Wähler-innen in der Regel leicht

¹⁶ Bayerischer Jugendring (Hrsg.): „Wählen ab 14!“, München 2006

¹⁷ Bayerischer Jugendring (Hrsg.): „Wählen ab 14!“, München 2006

¹⁸ Landeschülervertretung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): „Wahlalter 0-99?!“ online unter <http://www.hessen.junetz.de/partizipation/Kinderrechte/wahlrecht16.htm>

unter der Gesamtwahlbeteiligung lag, so zeigte die Gruppe der 16- bis 18-jährigen im allgemeinen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als die Gruppe der jungen Erwachsenen.“¹⁹ Für Niedersachsen liegen leider keine wahlstatistischen Erhebungen vor, jedoch hat z.B. die Stadt Göttingen die Verteilung der Wähler-innen auf die verschiedenen Altersgruppen bei der Kommunalwahl 2006 untersucht. In Göttingen lag die Wahlbeteiligung der 16- bis 21-jährigen zwar unter dem Gesamtdurchschnitt aber auf dem Niveau der 35- bis 40-jährigen und über der in der Alterstufe 21-34 Jahre.²⁰ In Hannover lag die Wahlbeteiligung bei den 16- und 17-jährigen 1996 mit 56,5 % nur leicht unter dem hannoverschen Durchschnitt von 57 %²¹.

Diese Zahlen untermauern die Einschätzung, dass junge Menschen sich sehr wohl der politischen Bedeutung von Wahlen bewusst sind und daran teilnehmen wollen. Die positiven Erfahrungen hat Österreich zum Anlass genommen, das Wahlalter bei allen Wahlen in unserem Nachbarland auf 16 Jahre abzusenken.

Fazit

Die Erfahrungen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen und die Fachdiskussion über eine weitergehende Absenkung machen deutlich, dass Jugendliche bereits mit 14 Jahren über die erforderliche Reife und auch das Interesse verfügen, an Wahlen teilzunehmen.

Die Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation macht, wie auf den vergangenen Seiten ausgeführt, deutlich, dass

- eine Intensivierung der politischen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für junge Menschen auf allen politischen Ebenen in Niedersachsen dringend notwendig ist und von den Jugendlichen eingefordert wird.
- eine Absenkung des Wahlalters die Möglichkeit bietet, Demokratieerziehung stärker und besser in der schulischen und außerschulischen Bildung zu verankern und insbesondere auch Haupt- und Realschüler-innen besser erreicht werden können.
- Jugendliche über die psychologische Reife verfügen, von dem Wahlrecht verantwortungsbewusst Gebrauch zu machen.

¹⁹ Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.)/Ulf Schlossbauer: Partizipationschancen erhöhen durch Wahlrechtsänderung?, Seite 5, zum Download unter www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/pdfs/b2_4.pdf

²⁰ vgl. dazu www.goesis.goettingen.de/pdf/119_28G.pdf

²¹ vgl. dazu: Landesschülerversammlung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): „Wahlalter 0-99?!“ online unter <http://www.hessen.junetz.de/partizipation/Kinderrechte/wahlrecht16.htm>

- die Absenkung des Wahlalters durch die demografische Entwicklung in Niedersachsen zusätzliche Bedeutung erlangt: Damit die Interessen junger Menschen zukünftig in der Politik angemessen berücksichtigt werden, ist eine solche Absenkung wünschenswert.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt daher die Gesetzesinitiative und fordert alle Fraktionen zur Zustimmung auf.

Zugleich ist aus Sicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. „festzustellen, dass die Wahlbeteiligung an bestimmte Bedingungen gebunden sind: So braucht es zum Beispiel breit gestreute jugendgerechte Informationen und viel Transparenz im Wahlprozess. Die Herabsetzung des Wahlalters allein reicht nicht aus, um Jugendliche für politische Prozesse zu begeistern und zu motivieren, eine Wahlrechtsänderung erzeugt nicht automatisch Interesse am politischen (Parteien-) System. Zusätzlich zur Herabsetzung des Wahlalters müssen ergänzend und unterstützend Zugänge zur Wahl und zur Politik eröffnet werden.“²²

Mit den parteipolitisch neutralen Informationskampagnen „neXTvote“ zu den Wahlen in Niedersachsen hat der Landesjugendring Niedersachsen e.V. und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände im Zusammenspiel mit anderen freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit die Wahlen jugendgerecht aufbereitet. Gerne ist der Landesjugendring Niedersachsen e.V. auch zukünftig zu einem solchen Engagement bereit.

²² Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.)/Ulf Schlossbauer: „Partizipationschancen erhöhen durch Wahlrechtsänderung?“, Seite 6, zum Download unter www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/pdfs/b2_4.pdf